

wahr sein, in Konik wäre ja auch ähnliches vorgekommen, die Sache sei nicht aufgeklärt. Der katholische Geistliche hat sich bemüht, aufklärend zu wirken; der Polizei ist es zu danken, daß sie durch ihr energisches Eingreifen zur schnellen Aufklärung der Grundlosigkeit der Beschuldigung beigetragen hat. Mancher der hiesigen Gewerbetreibenden wird trotzdem durch das Märchen zu leiden haben, am empfindlichsten Kaiser, der nicht zu den Wohlhabenden gehört. Der Bürgermeister wird sogar von einzelnen beschuldigt, von den Juden bestochen zu sein; er hätte 20 000 Mark bekommen. Den Verbreitern solcher Märchen wird wohl erst Einhalt getan werden, wenn die Staatsanwaltschaft eingreifen wird, an die ein Bericht abgegangen ist.

△ **Frankfurt a. M.**, 19. März. Mit einem großen Sieg bei den Frankfurter Kaufmannswahlwahlen wollte der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband seinen dieses Jahr hier stattfindenden „Handlungsgehilfentag“ einleiten. Seine Agitation, die in den Mitteln nicht wählerisch war und mit außerordentlich reichlichen Geldbeträgen betrieben wurde, hätte auch wirklich einen Erfolg bringen können, wenn nicht die rühmliche Tätigkeit unserer Ortsgruppe sich auch bei dieser Gelegenheit erfolgreich bewährt hätte. Während der D. H. V. früher in Frankfurt seine antisemitische Tendenz sorgfältig zu verhüllen bestrebt war, hatte er diesmal seine Methode geändert; er mochte wohl glauben, damit endlich wieder einen Erfolg zu erzielen, nachdem unter dem alten System, Dank auch der Wachsamkeit unserer Ortsgruppe, die Zahl seiner Beisitzer bei den Wahlen 1909 von 13 auf 10 und 1911 auf 9 reduziert wurde. Darum legte er diesmal antisemitisch los, sprach von einer Politik der Frankfurter Zeitung „im Solde des Centralvereins“ und scheute sich nicht, eine ganz allgemein gehaltene Beschuldigung gegen die „Herren Juden zu erheben, die die deutschen Mädchen als Fräuwild betrachteten“, indem er, selbstverständlich ohne Nennung eines Namens, den Lesern seiner „Sozialen Rundschau“ mitteilte, ein jüdischer junger Kaufmann aus der Kaiserstraße habe seiner Kontoristin „anstatt einer Gehaltserhöhung seidene Unterröcke“ versprochen, wenn sie sein . . . Verhältnis würde. Die Absicht, in der man diese Notiz brachte, erhellt am klarsten daraus, daß sie wörtlich in dem letzten Wahlflugblatt des D. H. V. nochmals abgedruckt wurde. Heraus mit dem Flederwisch! Solange aber die „Soziale Rundschau“ den Namen des angeblich jüdischen Kaufmanns nicht nennt, wird sie uns und anderen schon gestatten müssen, ihre Notiz als ein charakteristisches Wahlmanöver anzusehen. Bei der Frankfurter Gehilfenschaft hat diese Methode aber nicht verfangen. Die Zahl der für den D. H. V. abgegebenen Stimmen

ging von 1075 im Jahre 1911 auf 968 am 20. Februar 1913, die Zahl der auf ihn entfallenen Beisitzer von 9 auf 8 zurück. Die Niederlage des D. H. V. wäre noch kläglich gewesen, wenn nicht immer die Gleichgültigkeit der jüdischen Handlungsgehilfen ihm zu Hilfe käme. Diese Gleichgültigkeit zu beseitigen, sollten sich alle unsere Ortsgruppen zur Aufgabe machen, damit, wie hier in Frankfurt, der D. H. V. in seinem Besitzstande bei jeder Kaufmannsgerichtswahl mehr reduziert wird. Der Rückgang der prozentuellen Beteiligung an den Gehilfen-Beisitzern von 39,4 auf 30,3, 27,3 und zuletzt 24,2 beweist, daß in Frankfurt der Weizen des D. H. V. trotz gewaltiger Agitation nicht blüht.

Frankfurt a. M., 20. März. Unlänglich der hiesigen Kaufmannsgerichtswahlen war dem Vorstand unserer Ortsgruppe von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, daß die von dem Katholischen Kaufmännischen Verein ausgehende Prinzipal-Beisitzerliste (Nr. 7) einer Vereinbarung entsprungen sei, die im Juli 1912 zwischen dem Verband Katholischer Kaufmännischer Vereinigungen und dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband geschlossen wurde. In einem an jüdische Prinzipale gerichteten Zirkular hatte der Vorstand unserer Ortsgruppe nebenbei auch dieses Gerücht mit dem Hinzufügen erwähnt, daß sich seine Richtigkeit nicht sicher feststellen lasse, daß es aber wahrscheinlich gemacht werde durch die Tatsache, daß der D. H. V. diesmal keine eigene Prinzipal-Beisitzerliste aufgestellt habe. Der Vorstand des Katholischen Kaufmännischen Vereins teilt nunmehr unserer Ortsgruppe mit, daß diese Vermutung vollständig unzutreffend ist, daß zwischen ihm und dem D. H. V. keinerlei Vereinbarung hinsichtlich der Kaufmannsgerichtswahlen getroffen worden sei und daß insbesondere die Prinzipal-Beisitzerliste Nr. 7 ausschließlich von den beiden katholischen kaufmännischen Vereinen ohne jede Mitwirkung und Berücksichtigung des D. H. V. aufgestellt worden ist.



Vereinsnachrichten.

— Am 26. Februar sprach in der Ortsgruppe Berlin W in den Viktoriasälen das Vorstandsmitglied der genannten Ortsgruppe, Herr Rechtsanwalt Dr. Kurt Alexander, über das Thema: Die Wirtschaftslage der deutschen Juden und Ausblick in die Zukunft. Nach einer Darstellung der wirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands im letzten Jahrhundert, vor allem des Uebergangs vom Agrarstaat zum Industriestaat, behandelte der Redner die ört-